

## **Kommunen brauchen den Politikwechsel im Land!**

1. **Kommunen brauchen für die unverzichtbaren Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge eine angemessene Finanzausstattung. Bund und Land machen derzeit allerdings das genaue Gegenteil: Sparen zu Lasten der Kommunen. Wir fordern:**
  - a) **Keine Abschaffung der Gewerbesteuer:** Auf Bundesebene wird die Abschaffung der Gewerbesteuer mit großem Eifer diskutiert – ohne dass die Einnahmeausfälle entsprechend kompensiert werden – hier unterstützen wir den massiven Widerstand der kommunalen Spitzenverbände.
  - b) **Keine Aufgabenausweitung durch das Land ohne Mittelausstattung**  
Die Zusatzkosten der Schülerbeförderung durch die Werkrealschulen müssen vom Land getragen werden und nicht von den Landkreisen oder von den Eltern.
  
2. **Kommunaler Umweltschutz kann nicht gelingen, wenn das Land diese Ziele torpediert. Wir fordern daher die aktive Unterstützung des Landes beim kommunalen Umweltschutz.**
  - a) Hierzu gehören die **Luftreinhaltepläne** der Regierungspräsidien, die ausreichend wirksame Maßnahmen enthalten müssen, um eine Einhaltung der Grenzwerte sicher zu stellen.
  - b) Hierzu gehört die **Lärmaktionsplanung**, die auch Fluglärm berücksichtigen muss. Wenn die Gemeinden im Zuge der EU-Lärmaktionsplanung Geschwindigkeitsbegrenzungen oder LKW-Nachtfahrverbote auf Durchgangsstraßen beschließen, darf sich das Land (Regierungspräsidium) dem nicht in den Weg stellen, sondern muss hier die Kommunen unterstützen.
  - c) Die **Naturschutzverwaltungen** in den Stadt- und Landkreisen wurde durch die Verwaltungsreform geschwächt. Sie müssen mehr Personal- sowie Projekt- und Fördermittel vom Land erhalten, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können.

- d) Den ungebremsten **Flächenverbrauch** können Kommunen nur stoppen, wenn auch das Land das in seiner Kompetenz stehende tut:
- Ein innerörtliches **Baulückenkataster** muss endlich zur Pflicht gemacht werden. Des Weiteren wollen wir prüfen, inwiefern innen liegende, zu Bebauung mögliche Grundstücke, die nicht bebaut werden, mit einer Grundsteuer C versehen werden können, so dass ein finanzieller Anreiz für eine Innenentwicklung vor einer Bebauung im Außenbereich geschaffen wird.
  - **Neue Baugebiete in der Bauleitplanung** dürfen nur genehmigt werden, wenn der Bedarf an Bauflächen nachweislich nicht innerörtlich gedeckt werden kann.
  - Änderungen in Regionalplänen mit dem Ziel neuer Baumöglichkeiten müssen durch das Herausnehmen anderer Baugebiete kompensiert werden.
  - Der **Einzelhandelserlass** muss konsequent umgesetzt werden, um den Einzelhandel auf der Grünen Wiese im Interesse der Innenstädte und Ortskerne zu begrenzen.
  - Das Land muss **interkommunale Kooperationen** bei der Siedlungsentwicklung aktiv unterstützen.
  - Der **kommunale Altlastenfonds** muss angemessen ausgestattet sein, denn die Kommunen dürfen mit der Reaktivierung von Brachen nicht allein gelassen werden.
- e) Kommunale **Klimaschutzpolitik** braucht bessere Rahmenbedingungen im Land.
- Das Landesplanungsgesetz muss so geändert werden, dass die **Windkraftblockade beendet** wird.
  - Schulen und andere **kommunale Gebäude müssen in das Erneuerbare-Wärme-Gesetz des Landes** einbezogen werden.
  - Die Alternativen zum individuellen Autoverkehr müssen auch vom Land aktiv gefördert werden:
    - Die **Landesradwegeplanung** muss in enger Kooperation mit den Kommunen ein landesweites Radwegenetz entwickeln.
    - Die **Zweckbindung der Regionalisierungsmittel** für den ÖPNV muss auch über 2013 hinaus gewährleistet sein.
    - Wir wollen, dass den Kommunen nicht nur die Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV sondern auch alle Finanzmittel für den ÖPNV übertragen werden. In der Region Stuttgart brauchen wir die einheitliche regionale Aufgabenträgerschaft, um das Kompetenzwirrwarr zu vermeiden. Dadurch können wir einen guten

öffentlichen Nahverkehr aus einer Hand mit guten Anschlüssen und einheitlichen Tarifen gewährleisten.

- f) Der Einfluss der Kommunen auf **Mobilfunkstandorte** muss vergrößert werden, im Landesbaugesetz muss die **Genehmigungspflicht** auch für Bauten unterhalb von 10 Meter Höhe wieder einführen.

### 3. **Gute Kinderbetreuung darf nicht nur den Kommunen lieb und teuer sein. Das Bekenntnis zu guten Startbedingungen für alle Kinder muss in der Landespolitik auch konkret werden.**

- a) Das Land muss sich an der **Umsetzung des Orientierungsplanes** in den Kindertageseinrichtungen finanziell beteiligen.
- b) **Sprachförderung** im Kindergarten darf nicht alleine Sache der Kommunen sein.
- c) Am bedarfsgerechten Angebot an **Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren** muss sich das Land mit einer Drittfinanzierung beteiligen.
- d) **Wohnortnahe Familienzentren**, vom Land mitfinanziert, sollen die Familien bei ihren Erziehungsaufgaben unterstützen.

### 4. **Gute Schulen vor Ort entwickeln. Kommunen sollen künftig nicht nur für die bauliche Hülle der Schulen verantwortlich sein, sondern die das Lernen in den Schulen aktiv mitgestalten. Dafür wollen wir das Schulgesetz ändern.**

- a) Den Städte und Gemeinden wollen wir die Möglichkeiten eröffnen, verschiedene **Modelle für längeres gemeinsames Lernen** umzusetzen.
- b) Kommunen brauchen Freiräume für die **regionale Schulentwicklungsplanung** mit dem Ziel, wohnortnahe Schulen für alle Schülerinnen und Schüler zu bieten. Dies wird nur durch das gemeinsame Unterrichten zu erreichen sein.
- c) Schulen sollen die Möglichkeit bekommen, ihre Struktur zu verändern und sich zur **Basisschule mit gemeinsamem Lernen bis Klasse 10** entwickeln. Die über 60 beantragten Schulversuche müssen umgehend genehmigt werden.
- d) Die **Ganztagschule** muss als Regelform im Schulgesetz verankert werden und bis zum Jahr 2016 für mindestens 50% der Schülerinnen und Schüler ausgebaut werden.
- e) **Inklusion** muss Schule machen
  - Das Elternwahlrecht muss im Schulgesetz gestärkt werden.

**5. Kommunale Demokratie verbessern. Vor Ort ist die unmittelbare Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger am leichtesten Möglich. Das Land muss hierfür den gesetzlichen Rahmen bieten.**

- a) **Bürgerentscheide auf Kreisebene** müssen möglich werden.
- b) Der **Negativkatalog bei Bürgerentscheiden muss fallen**, direkte Demokratie muss bei allen kommunalen Fragen ermöglicht werden.
- c) Die **Regionalversammlungen sollen in direkter Wahl** von den Bürger\_innen gewählt werden.
- d) **Jugendgemeinderäte brauchen ein Antrags- und Rederecht** im Gemeinderat.
- e) Auf **Kommunalwahllisten muss ein Frauenanteil von 50%** verbindlich festgeschrieben werden.
- f) **Bürgermeister gehören nicht in den Kreistag**
- g) Die Zuständigkeit über die Aufhebung der unechten Teilortswahl muss in allen Fällen beim Gemeinderat liegen.
- h) Wir fordern **effiziente Verwaltungsstrukturen**. Der Verwaltungsaufbau in Baden-Württemberg wird einer umfassenden Aufgabenkritik unterzogen und in einem ersten Schritt wird auf die Regierungspräsidien zu Gunsten einer Stärkung der örtlichen und regionalen Strukturen verzichtet. Schließlich haben die Regierungspräsidien in der Regel bei den Menschen keine Identifikationswirkung entfaltet. Vielmehr überschreiten viele Bürgerinnen und Bürger in ihrer Lebenswirklichkeit täglich die Grenzen der Landkreise und fühlen sich in Regionen zu Hause.